



Sigrid Hupach

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion DIE LINKE

Pressemitteilung

vom 20.01.2014

Deutschland muss die Washingtoner Erklärung von 1998 zur NS-Raubkunst endlich rechtlich konsequent umsetzen

„Die aktuelle Forderung des American Jewish Committee (AJC) eine Enquete-Kommission zum Thema NS-Raubkunst einzurichten, ist ein bedenkenswerter Vorschlag. Ich habe nach der Konstituierung des Kulturausschusses vergangenen Mittwoch bereits eine Experten-Anhörung zum Thema NS-Raubkunst angeregt. Die seit dem Bekanntwerden des „Schwabinger Kunstfundes“ nicht abbreißenden Enthüllungen über NS-Raubkunst in deutschen Museen und Sammlungen zeigen, dass wir dringend rechtlich verbindliche Rahmenbedingungen für die Herausgabe von NS-Raubkunst brauchen. Der Bund und Staatsministerin Grütters müssen hierzu sowie für eine effektive und transparente Provenienzforschung Vorschläge vorlegen.“ kommentiert Sigrid Hupach, Obfrau der Fraktion DIE LINKE für den Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag den Vorstoß des AJC.

Hupach weiter: „Die Fraktion DIE LINKE hat schon im November 2013 in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung die Frage gestellt, welche rechtlichen Konsequenzen sie aus dem Schwabinger Kunstfund ziehen will. Die Antwort, welche zumindest Versäumnisse der Bundesregierung eingestand, spiegelt insgesamt die Intransparenz und Zögerlichkeit, die den „Fall Gurlitt“ bisher auf skandalöse Art kennzeichnen wieder – man will die Rechtslage prüfen. Zeitliche Vorgaben – Fehlanzeige. Namen der Experten, aus der die ad hoc eingerichtete Taskforce Schwabinger Kunstfund zusammengesetzt ist – keine Antwort. Vergangene Woche haben wir bezüglich der Namen der Experten noch einmal nachgefragt und hoffen in Kürze zu wissen, aus welchen Personen die Taskforce besteht.“